
Bernd Faulenbach

Geschichtserfahrung und Erinnerungskultur im vereinigten Deutschland

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, geb. 1943 in Pyritz, Studium der Geschichte, Politik und Germanistik in Bonn und Bochum, ist Vorsitzender der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD.

Das Verhältnis der deutschen Gesellschaft im vereinigten Deutschland zur Geschichte ist kompliziert und widersprüchlich. Auf der einen Seite scheinen viele Menschen ausgesprochen präsentistisch zu leben, den Problemen und Möglichkeiten des Tages zugewandt, ohne viel zu fragen nach dem Woher oder Wohin. Der „neue Individualismus“ zeigt sich nicht nur im Umgang vieler Menschen untereinander, in der partiellen Auflösung von Gruppenzusammenhängen und Milieus, sondern gleichsam auch im Verlust des Bewußtseins eines Gestern und Morgen, der Geschichtlichkeit der eigenen Existenz. Dem widerspricht auch nicht, daß es in der Gesellschaft vielfältigen Umgang mit Geschichte gibt - wobei dieser Umgang etwas Beliebiges hat; die Geschichte selbst verräumlicht; geschichtliche Ereignisse, Kulturen der Vergangenheit geben Stoffe ab für wechselnde kulturelle Interessen und Unterhaltungsbedürfnisse in der „Erlebnisgesellschaft“.

Auf der anderen Seite ist der öffentliche Umgang mit der Vergangenheit ein vielfach kontrovers diskutiertes politisches Thema. Erinnert sei nur an die Debatten über Geschichtsmuseen, über das Holocaust-Mahnmal in Berlin, über die großen Gedenkstätten oder auch über die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit - in der Öffentlichkeit, in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages und anderorts. Man hat von der „Aufdringlichkeit der Geschichte“ gesprochen.¹

Hier soll es um die Frage einer die Erfahrungen der neueren deutschen Geschichte verarbeitenden, im Hegeischen Sinne aufhebenden Erinnerungskultur in Deutschland gehen, die Aspekte der „politics of memory“ einschließt, über die gegenwärtig national und international viel diskutiert wird.²

In besonderer Weise kreist die Erinnerungskultur - wie auch die öffentliche Diskussion - nach wie vor um die nationalsozialistische Zeit, um die Verbrechen und ihre Opfer.

In der Debatte um ein Mahnmal für die ermordeten europäischen Juden geht es um verschiedene Gestaltungsentwürfe, die teilweise in ihrer Monstrosität die monströsen NS-Verbrechen spiegeln sollen. Daneben aber gibt es Zweifel, ob die Deutschen, für die manche den problematischen Begriff des „Tätervolkes“ verwenden, ihrerseits berechtigt seien, ein derartiges Mahnmal zu bauen. Andere zweifeln, ob ein Mahnmal dem Anspruch überhaupt gerecht werden könne und plädieren für andere, lebendigere Formen der Geschichtskultur: für Museen, Dokumentationszentren, pädagogische Arbeit.

Die Diskussion über ein - nach amerikanischem Vorbild zu errichtendes - Holocaust-Museum ist inzwischen weitgehend versandet. In Deutschland gibt es authentische Orte des schrecklichen Geschehens, an denen Gedenkstätten der verschiedensten Art errichtet worden sind, insgesamt in großer Zahl.³ Die großen Gedenkstätten mit ihren Museen gilt es weiterzuentwickeln, teilweise neu zu gestalten.⁴

Die Entwicklung dieser Gedenkstättenkultur war ein längerer Prozeß. In der DDR wurden die Gedenkstätten unter politischen Vorzeichen aufgebaut und dienten in besonderer Weise der Legitimation des SED-Systems.⁵ In der

1 Hermann Lübke, Die Aufdringlichkeit der Geschichte. Herausforderungen der Moderne vom Historismus bis zum Nationalsozialismus, Graz/Wien/Köln 1989.

2 Vgl. dazu Peter Reiche!, Politik mit Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München/Wien 1995.

3 Siehe Ulrike Puvogel/Martin Stankowski (unter Mitarbeit von Ursula Graf), Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bonn 2. Aufl. 1995.

4 Vgl. Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich, Reaktionäre Modernität und Völkermord. Probleme des Umgangs mit der NS-Zeit in Museen, Ausstellungen, Gedenkstätten, Essen 1994.

5 Vgl. Brandenburgische Gedenkstätten für die Verfolgten des NS-Regimes, Perspektiven, Kontroversen und internationale Vergleiche, Berlin 1992, insbes. S. 222 ff.; Manfred Overesch, Buchenwald und die DDR oder Die Suche nach Selbstlegitimation, Göttingen 1995.

Bundesrepublik wurde die Errichtung der Gedenkstätten zunächst besonders von früheren Häftlingen betrieben; die mühsame Entwicklung der Gedenkstätte Dachau war ein für das Verhältnis der Westdeutschen zur NS-Vergangenheit aufschlußreicher Vorgang.⁶ Erst seit den ausgehenden siebziger Jahren setzte - teilweise beeinflusst von der neuen Geschichtsbewegung -, doch auch gefördert von der öffentlichen Hand und breit gesellschaftlich getragen, ein vielfältiges Bemühen ein, Spuren der NS-Vergangenheiten freizulegen und zu bewahren, Gedenktafeln anzubringen, Gedenkort zu gestalten. Heute haben wir eine breite Gedenkstättenkultur.

Die Zeitzeugen des Geschehens, insbesondere die Überlebenden, waren lange Zeit wichtige Träger kommunikativer Erinnerungsarbeit. Die Zahl der Überlebenden nimmt nun rapide ab. Das wird unsere öffentliche Erinnerung verändern, sie wird an die inzwischen herausgebildete Erinnerungskultur gebunden sein, zu der die Gedenkstätten, der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, bestimmte Gedenkrituale, doch auch die Bildungsarbeit gehören.

Zur Zeit gibt es Symptome, die eine zunehmende Distanz zu den Ereignissen erkennen lassen. So ist etwa der Aufarbeitungsprozeß seit 1945, der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der SBZ/DDR wie in den Westzonen und der Bundesrepublik zu einem historiographischen Thema geworden.⁷ Traditionen der Beschäftigung mit der NS-Zeit, auch Rituale, bedürfen der kritischen Reflexion und zeitgemäßen Fortentwicklung.

Wir haben es mithin mit einer neuen Phase des Umgangs mit der NS-Vergangenheit zu tun. Wie tragfähig die Erinnerungskultur ist, wird sich dabei zeigen. Sie ist gesellschaftlich fundiert, ist jedoch auch abhängig von Bund, Ländern und Kommunen, die angesichts der schwierigen Finanzsituation dazu neigen, die Mittel für diese Kultur stark zu begrenzen.

Die Bedeutung der Erinnerung an die NS-Zeit und die Verbrechen des Nationalsozialismus, insbesondere den Holocaust, wird zwar - abgesehen vom rechten politischen Rand - eher selten bestritten, doch gibt es nach wie vor unterschwellig die bereits im „Historikerstreit“ manifeste Meinung, eine Fixierung der Erinnerung auf die NS-Zeit müsse aufgelöst werden.

An der Einsicht, daß diese Epoche für das deutsche Geschichtsbewußtsein von herausragender Bedeutung bleibt, ist freilich nicht vorbeizukommen. Die Bewahrung der Erinnerung ist wesentlicher Bestandteil der demokratischen politischen Kultur des heutigen Deutschland: Die Forderung, Menschen- und Bürgerrechte zu wahren, der Ausgrenzung von Menschen aus rassistischen, religiösen oder anderen Motiven entgegenzuwirken, macht die Gegenwartsbedeutung der Erinnerung an die NS-Zeit mit aus. Die Gefahren des

⁶ Siehe Reichel, Politik mit der Erinnerung, S. 149 ff.

⁷ Vgl. Peter Graf Kielmannsegg, Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, Berlin 1989; Manfred Kittel, Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer, Berlin/Frankfurt 1993; Jürgen Danyel (Hrsg.), Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995.

Rassismus, einer ethisch nicht rückgebundenen Medizin und anderer Wissenschaften, einer Bürokratie, die arbeitsteilig die „Banalität des Bösen“ realisiert, von Bürgern, die einfach wegsehen, sind weitere Folgerungen, die sich aus dem von der wissenschaftlichen Forschung erarbeiteten Bild des Holocaust ableiten lassen, obgleich sich das Geschehen selbstverständlich nur bedingt in pädagogischen Konzepten verarbeiten läßt.

Ein wichtiges Thema der öffentlichen Diskussion wie der wissenschaftlichen Arbeit ist heute die Aufarbeitung der Vergangenheit der DDR. Es wird versucht, das Erbe des SED-Systems unmittelbar zu bewältigen, Opfern zu helfen, Unrecht zu „bereinigen“ (wie der bürokratische Terminus heißt), Täter zu bestrafen, Vorgänge wissenschaftlich zu rekonstruieren - Aufgaben, die teilweise in einer gewissen Spannung zu Tendenzen einer DDR-Nostalgie stehen, die durch Probleme der Gegenwart mit stimuliert sind.⁸

Auch bezogen auf diese Vergangenheit hat sich eine kommunikative Erinnerungsarbeit entwickelt, die freilich noch nicht zur Herausbildung einer Erinnerungskultur geführt hat. Auch hier gibt es authentische Orte des Unrechtsgeschehens, etwa die Gefängnisse in Bautzen und Hohenschönhausen (teilweise Orte, die schon aus der NS-Zeit „belastet“ sind), an denen versucht wird, Gedenkstätten zu errichten. Bei den Stalinismus-Häftlingen ist gleichwohl hier und da der Eindruck entstanden, daß die Öffentlichkeit an ihren Leiden vorübergeht. Zweifellos gilt es jedoch auch, die Erfahrungen der Opfer dieser Diktatur im kollektiven Gedächtnis zu bewahren.

Die DDR-Realität hat - ähnlich wie die des Dritten Reiches - sich nicht in das Handl von Tätern auf der einen Seite und den Opfern bzw. Widerstand Leistenden auf der anderen Seite polarisiert. Die Masse der Bürgerinnen und Bürger hatte sich eher arrangiert, „meckerte“, doch machte mit. Viele Menschen in den neuen Ländern meinen heute, daß ihre Erfahrungen im bisherigen Aufarbeitungsprozeß bislang gar nicht vorgekommen seien. Sie tendieren zu einer Verteidigung des Lebens in der DDR („Nicht alles war schlecht“). Dazu paßt die Tendenz, möglichst viel aus der DDR zu bewahren, wozu etwa der Versuch der Musealisierung der DDR-Alltagskultur gehört. Dabei ergeben sich freilich - insbesondere bei der musealen Präsentation - erhebliche Probleme. Gewiß läßt sich das Leben und Handl in der DDR nicht ausschließlich als Ausfluß des Willens der Partei begreifen, es gab nicht nur Nischen, Bereiche, die weniger vom Partei- und Stasiwillen durchdrungen waren, sondern auch von diesem unabhängigen „Eigensinn“ im Bewußtsein und Handeln der Menschen. Und doch läßt sich die Alltagskultur vom poli-

⁸ Vgl. Bernd Faulenbach, *Bewahrung der Erinnerung. Bedeutung und Probleme der Aufarbeitung von Vergangenheit heute*, in: ders./Markus Meckel/Hermann Weber (Hrsg.), *Die Partei hatte immer recht — Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur*, Essen 1994, S. 8-27.

tischen System nicht abtrennen, sie war „durchherrscht“, was im Hinblick auf die Erfassung der DDR-Geschichte und ihre Darstellung bedeutsam ist.⁹

In der Beurteilung der DDR-Geschichte und ihrer Nachwirkungen differieren die Interpretationen stark, die Historisierung dieser Geschichte hat eben erst begonnen. Dem Streben nach einer scharfen Abrechnung mit der Vergangenheit des SED-Systems in der Gesellschaft der früheren DDR steht eine teilweise das SED-Geschichtsbild weiterführende Apologetik gegenüber, die sich mit einem „halbherzigen Revisionismus“ mischt.¹⁰ Politische Komponenten der Auseinandersetzung sind evident und erschweren tendenziell die Herausbildung einer Erinnerungskultur.

Ein Problem des öffentlichen Geschichtsbewußtseins und der Erinnerungskultur ist das Verhältnis der beiden totalitären Erfahrungskomplexe. Die Ansprüche der Opfergruppen der beiden Vergangenheiten stehen teilweise in einer Spannung zueinander (obwohl es Opfer gibt, die unter beiden Systemen gelitten haben), wie sich u. a. in den Kontroversen um jene Gedenkstätten zeigt, die in der NS-Zeit wie in der Nachkriegszeit Orte unmenschlichen Handelns waren.¹¹

In mancher Beziehung scheinen Erinnerungen an beide Vergangenheiten in einem Konkurrenz-Verhältnis zu stehen. Während die einen meinen, die Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit solle der Relativierung des Nationalsozialismus dienen, unterstellen andere, eine Fixierung auf die NS-Zeit solle den in das SED-System Involvierten und der Linken insgesamt ermöglichen, einer Auseinandersetzung mit dem DDR-System und der eigenen Rolle auszuweichen. Es kann kein Zweifel bestehen: Die Erfahrungen des Dritten Reiches und der DDR, des Nationalsozialismus und des Stalinismus sind im kollektiven Gedächtnis aufzubewahren. Doch tut man gut daran, sich das unterschiedliche Verhältnis der deutschen Gesellschaft zu diesen Vergangenheiten klar zu machen:

- Das Dritte Reich und das SED-System sind im Hinblick auf die kriminelle Energie nicht vergleichbar. Wenn man das NS-System - etwa im Hinblick auf die Verbrechen - vergleichen will (im Sinne der Feststellung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden), bietet sich die stalinistische Sowjetunion an. Die in vieler Hinsicht einzigartigen Verbrechen des Nationalsozialismus stehen - anders als die Verbrechen des Stalinismus - eindeutig im Kontext der deutschen Geschichte und betreffen deshalb das nationale Gedächtnis in besonderer Weise.

9 Vgl. Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547-553.

10 Siehe Rainer Eckert/Bernd Faulenbach (Hrsg.), Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild, München 1996.

11 Vgl. Brandenburgische Gedenkstätten für die Verfolgten des NS-Regimes, S. 190 ff.

- Das SED-System, insbesondere in der hochstalinistischen Phase der fünfziger Jahre, war alles andere als „harmlos“ und hatte totalitäre Züge. Im Hinblick auf die Bewahrung der Erfahrungen mit diesem System im nationalen Gedächtnis ist freilich nicht nur bedeutsam, daß seine Verbrechen auf einer anderen Stufe zu sehen sind als die des NS, sondern auch der Tatbestand, daß dieses System in erheblichem Maße von außen aufgezwungen war, nur einen Teil der deutschen Nation betraf und deshalb sich auch in anderer Weise mit dem nationalen Identitätsbewußtsein verbindet. Etwas überpointiert hat Dan Diner formuliert: „Die Verbrechen der Nazis bewegen sich im Deutungskontext der Nation - die des Stalinismus in dem eines Regimes.“¹²

Muß auf diesem Hintergrund die NS-Zeit im deutschen Gedächtnis auch eine andere Rolle spielen als das SED-System, so sind doch auch die Erfahrungen der Menschen in diesem System im gesellschaftlichen Gedächtnis aufzubewahren. Es ist davor zu warnen, beide Vergangenheiten mit politischer Zielsetzung gegeneinander auszuspielen, was tendenziell zu einer politischen Mediatisierung der Vergangenheit führt. Zu recht hat Jürgen Habermas vor der Enquete-Kommission des Bundestages, bezogen auf die verschiedenen politischen Lager, im Hinblick auf die Frage der Vergleichbarkeit der Systeme kritisch angemerkt: „Das Links-Rechts-Schema, das man nicht voreilig verabschieden sollte, macht sich ja gerade in dem Vergleich dieser beiden Diktaturen (NS-System und DDR-System, B. F.) auf störende Weise bemerkbar. Wo die Rechten zur Angleichung neigen, wollen die Linken vor allem Unterschiede sehen. Die Linken dürfen sich über die spezifischen Gemeinsamkeiten totalitärer Regime nicht hinwegtäuschen und müssen auf beiden Seiten denselben Maßstab anlegen. Die Rechten dürfen wiederum Unterschiede nicht nivellieren oder herunterspielen.“¹³

Jörg Semprun hat es als besondere Aufgabe der Deutschen bezeichnet, die Erfahrungen beider Diktaturen aufzuarbeiten, weil sie an beiden Anteil hatten. Deutschland sei zwar nicht „das einzige europäische Land, das ein nicht gelöstes Problem mit seinem kollektiven Gedächtnis, mit seinem historischen Gedächtnis“ habe. Das Problem des deutschen Volkes mit seinem historischen Gedächtnis betreffe jedoch alle Europäer „ganz direkt“: „Das deutsche Volk ist nämlich seit seiner Wiedervereinigung - als Teil des sozialen und politischen, komplexen und schmerzhaften Prozesses, der aber voller Chancen für die demokratische Vernunft steckt, die besagte Wiedervereinigung impliziert -, Deutschland ist seitdem das einzige Volk Europas, das sich mit beiden totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts auseinandersetzen kann und soll: dem Nazismus und dem Stalinismus. In seinem Kopf und Körper hat es diese Erfahrungen erlebt und kann sie nur überwinden - und ohne daß daraus ein Präzedenzfall wird, könnte man in diesem Zusammen-

¹² Dan Diner. *Kreisläufe. Nationalsozialismus und Gedächtnis*, Berlin 1995, S. 57.

¹³ Jürgen Habermas, *Zur Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland*, Bd. IX, Frankfurt 1995, S. 686-694, hier S. 689.

hang einmal den Hegeischen Begriff der Aufhebung verwenden -, kann sie also nur überwinden, indem es beide Erfahrungen kritisch übernimmt und aufhebt, um so die demokratische Zukunft Deutschlands zu bereichern. Von dieser hängt gar [...] die Zukunft eines demokratisch wachsenden Europas zu einem großen Teil ab."¹⁴

Mögen die Hoffnungen Sempruns auf die Deutschen auch überzogen sein, so wird man doch sagen können, daß sie tatsächlich die Aufgabe haben, die Erfahrungen mit beiden Totalitarismen in ihrem kollektiven Gedächtnis „aufzuheben“. Ein antitotalitärer Konsens verpflichtet zu besonderer Sensibilität im Hinblick auf die Menschen- und Bürgerrechte und begründet demokratische politische Kultur gleichsam ex negativo.

IV.

Muß sich das deutsche Gedächtnis, das wie jedes Gedächtnis selektiv ist, auf die negativen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts konzentrieren, diese zum organisierenden Zentrum haben? Gustav Heinemann hat in den frühen siebziger Jahren angeregt, die Freiheitstraditionen der deutschen Geschichte zu pflegen.¹⁵ Und einiges, wie das Museum für die Freiheitsbewegungen in Rastatt, nahm damals seinen Anfang. Manches spricht dafür, sich im vereinigten Deutschland dieser Aufgabe erneut zuzuwenden. Nicht vergessen werden sollten die liberalen und demokratischen Traditionen des frühen 19. Jahrhunderts, die Traditionen der freiheitlichen Arbeiterbewegung, die Widerstandsbewegung gegen den NS, die Volksbewegungen des 17. Juni 1953 und des Herbstes 1989, Stationen der Demokratiegeschichte der Bundesrepublik, auch wichtige ihrer Repräsentanten.

Auch die Ende der siebziger Jahre sich herausbildende Geschichtsbewegung, die „Geschichtswerkstätten“ und vielfachen Initiativen in Parteien, Gewerkschaften, Kirchengemeinden, Stadtteilen usw. haben die historische Erinnerung neu angeregt. Gab es auch hier und da in dieser Geschichtsbewegung basisromantische Tendenzen, so hat sie doch wesentlich dazu beigetragen, die Geschichtserinnerung nicht nur auf die großen Kollektive zu beziehen, sondern auch nach der des Volkes, seiner verschiedenen Gruppen, der einfachen Menschen in ihrer Subjektivität zu fragen.¹⁶ Auch diese Erweiterung der Erinnerung ist bedeutsam und sollte nicht wieder verlorengehen, auch wenn der anfänglich vielfach vehement zur Schau gestellte alternative Gestus, mit dem dieser Ansatz vertreten wurde, heute überholt erscheint; der schroffe Gegensatz zur etablierten Geschichtsschreibung ist inzwischen über-

14 Jörg Semprun, Dank, in: Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1994, Jörg Semprun, Ansprachen aus Anlaß der Verleihung, Frankfurt 1994, S. 35-42, hier S. 51.

15 Gustav Heinemann, Die Freiheitsbewegung in der deutschen Geschichte, in: ders., Präsidiale Reden, Frankfurt 1975, S. 133-141.

16 Vgl. dazu Hannes Heer/Volker Ulrich (Hrsg.), Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsarbeit, Reinbek 1985; Gerhard Paul/Bernhard Schoßig (Hrsg.), Die andere Geschichte. Geschichte von unten — Spurensicherung - ökologische Geschichte — Geschichtswerkstätten, Köln 1986; Manfred Scharer, Macht Geschichte von unten. Handbuch für gewerkschaftliche Geschichte vor Ort, Köln 1988.

wunden. Verknüpft mit dieser Verbreiterung des historischen Erinnerungsvermögens war und ist eine Hinwendung zur Lokal- und Regionalgeschichte, die u. a. auch in der Sicherung von Denkmälern (etwa zur Industriegeschichte) und in der Gründung von Museen ihren Niederschlag gefunden hat."

Zwar ist insgesamt gesehen auch heute noch das Gedächtnis vorrangig national strukturiert, doch enthält es daneben Ausfüllungen durch soziale und regionale Gedächtnisse. Ein demokratisches Geschichtsbewußtsein konkretisiert sich in vielfältigen Ausformungen.

Die deutsche Geschichte entbehrt der großen einheits- und traditionsbildenden Ereignisse, die gleichsam mythisierend verarbeitet werden können und eine Ritualisierung des Erinnerns erleichtern. Dies zeigt sich im Fehlen eines Nationalfeiertages, der auf einer stark emotionalisierenden Erinnerung basiert. Gewiß gilt die Vereinigung am 3. Oktober 1990 als ein positives Ereignis - ungleich größere Ausstrahlung aber hätte der ansonsten historisch belastete 9. November. Neben dem Tag der Einheit gibt es Gedenktage wie den 20. Juli, an dem des Widerstandes gedacht wird, und den 27. Januar, der den Opfern des Nationalsozialismus gewidmet ist. Alle vier Daten zusammen markieren wichtige erinnerungswürdige Ereignisse der deutschen Geschichte.

Insgesamt gesehen enthält die deutsche Geschichte eine Vielzahl von Geschehnissen positiver und negativer Art, die zur Verarbeitung in einer demokratischen Geschichtskultur geradezu auffordern. Das kollektive Gedächtnis ist in Deutschland mehr als andernorts nur als ein ständiges Bemühen um eine in sich widersprüchliche schwierige Geschichte mit schweren Belastungen und bedeutsamen Leistungen denkbar. Die Förderung einer von diesem Bemühen getragenen lebendigen pluralistischen Erinnerungskultur ist eine gewichtige Aufgabe für Staat und Gesellschaft im vereinigten Deutschland. Zugleich ist freilich diese Erinnerungskultur mit der der anderen europäischen Nationen zu verknüpfen: Wir brauchen neben den verschiedenen nationalen Erinnerungskulturen eine europäische Erinnerungskultur, die durch die Vernetzung der verschiedenen nationalen Elemente entstehen könnte.

17 Vgl. Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich (Hrsg.), *Arbeit und Arbeiterbewegung in Museen und Ausstellungen* (= Beiträge, Informationen, Kommentare, Beiheft 6), Recklinghausen 1989.